

# Ideologie der Beschäftigung

## Warum ein staatlicher Arbeitsdienst die falsche Antwort auf die Krise der Arbeitsgesellschaft ist

Michael Hirsch

1.

Die Reform des deutschen Sozialstaats ist mittlerweile gut fünf Jahre alt. Am 1. Januar 2005 ist die unter dem Namen Hartz IV bekannt gewordene neue Struktur des Sozialrechts in Kraft getreten. Die meisten Kommentatoren bemängeln einige Details (zum Beispiel mehr Rechtsunsicherheit und Behördenwillkür, vor allem aber mehr Armut insbesondere von Niedriglohnarbeitern und von Alleinerziehenden), befürworten insgesamt aber die grundsätzliche Richtung der Arbeitsmarkt- und Sozialreformen. Diese Sicht der Dinge propagiert: »Ein schlechter Job ist besser als gar keiner.«<sup>1</sup>

Dass die staatliche Erleichterung befristeter Beschäftigungsverhältnisse zusammen mit der Verkürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld, der erheblichen Absenkung der Zumutbarkeitsregeln für von den Behörden angebotene Jobs und die Einführung der 1-Euro-Jobs zwar auf dem Papier weniger Arbeitslosigkeit erzeugt, aber mehr (insbesondere Frauen- und Kinder-) Armut und immer mehr prekäre und schlechte Niedriglohnarbeit, liegt auf der Hand. Dass die journalistischen Kommentatoren sich über solche Effekte wundern und aufregen, ist eher erstaunlich. Denn Arbeit, Beschäftigung, Lohnarbeit überhaupt, ist das oberste Ziel der Reformen gewesen.

Hinter der Maxime »Jede Arbeit ist besser als keine« steht eine Ideologie der Beschäftigung. Es handelt sich, und das ist ein sehr wichtiger Aspekt, um eine *staatliche*, nicht um eine wirtschaftliche Ideologie. Es geht nicht um die Schaffung von sozial wie volkswirtschaftlich sinnvollen Arbeiten; es geht darum, die Menschen irgendwie zu beschäftigen. Diese Idee der Arbeit als Beschäftigung ist die Verkörperung des Geistes der Unfreiheit und Unmündigkeit. Während von einem wohlverstandenen

volkswirtschaftlichen Standpunkt aus das sinkende Volumen gesellschaftlich notwendiger Arbeit (mit einer jährlichen Steigerung der Arbeitsproduktivität um 0,6%) in Wirklichkeit eine Herausforderung an eine neue Form der *Verteilung* gesellschaftlicher Arbeit und gesellschaftlichen Reichtums darstellt, definiert die herrschende Lehre dieses Phänomen als ein Problem der *Beschäftigung*. Die zentrale Frage, die sich hier für die Staatsbürger und die Intellektuellen stellt, ist die Frage nach der geistigen und politischen Definition des Problems. Hier liegt das Zentrum der Debatte.

Ich gehe von der These aus, dass die herrschende Definition des Problems falsch ist und daher notwendigerweise verkehrte Strategien der Lösung des Problems hervorbringt. Solange wir das Problem nicht als das eines potentiell fortschrittlichen abnehmenden Volumens gesellschaftlich notwendiger Arbeit, sondern als eines der Beschäftigung definieren (also als eines der Schaffung und Ermöglichung von möglichst viel eigentlich überflüssiger Arbeit), müssen wir notwendigerweise sowohl freiheitsfeindliche als auch volkswirtschaftlich, sozial und ökologisch ruinöse Folgen in Kauf nehmen.

Offensichtlich fühlt sich die bürgerliche Arbeitsgesellschaft durch das Phänomen struktureller Massenarbeitslosigkeit in ihren Grundfesten bedroht. Es handelt sich beim Problem der Arbeitslosigkeit aber nicht um ein wirtschaftliches Problem. Es handelt sich primär um ein Problem der symbolischen Ordnung der Gesellschaft. Mein Platz in der Gesellschaft, die Rechtfertigung meiner Existenz sind bedroht, wenn ich keine »Arbeit« mehr habe. Bisher unternimmt die Gesellschaft alles, um diese existenzielle Bedrohung der symbolischen Ordnung

zu verdrängen. Die Einführung eines staatlichen Arbeitsdienstes in allen großen westlichen Staaten ist die logische Konsequenz dieser Ordnung. Wer keinen »Arbeits-Platz« mehr hat, muss sich seinen anerkannten sozialen Platz durch eine ihm vom Staat zugewiesene sogenannte gemeinnützige Arbeit »verdienen«. Die Logik der 1-Euro-Jobs ist die Logik der Beschäftigungstherapie: der Entmündigung und staatlichen Erziehung der Einzelnen. Wer sein Leben nicht selbst nach dem Normalitätsmodell der Arbeitsgesellschaft führen kann, dem nimmt der Staat die Verantwortung ab und teilt ihm irgendeine Diensttätigkeit zu. Das betrifft sowohl die »Klienten« der staatlichen Sozialbürokratie wie die in dieser arbeitenden Menschen selbst. Alle haben unter den gegebenen Umständen ein Interesse an allen möglichen Beschäftigungen von zweifelhafter volkswirtschaftlicher und sozialer Nützlichkeit. Arbeit wird heute wieder zum Dienst; ein Modell des Arbeitens nicht im Rahmen einer wirtschaftlichen Rationalität, sondern im Rahmen einer letztlich feudal gedachten Abhängigkeits- und Herrschaftsbeziehung. Das Motto dieser Praxis ist: Egal, was ich tue, Hauptsache, ich bin »beschäftigt«.

Sobald die angenommene Norm der Vollbeschäftigung illusorisch geworden ist, gibt es im Rahmen der herrschenden Definition der Lage nur noch zwei Möglichkeiten: Die Überflüssigen werden entweder in gering qualifizierten Niedriglohnjobs ausgebeutet, oder der Staat beschäftigt sie in einem speziell eingerichteten Arbeitsdienst. Der Staat, der so in Arbeit zwingt, verteilt letztlich vor allem Existenzrechtfertigungen. Die eigentlich anstehende historische Frage der Gesellschaft: Wie sollen wir in einer immer produktiver werdenden Wirtschaft die Prioritäten der Produktion und die Verteilung von Arbeit und Einkommen regeln, wird zugunsten einer konservativen Orientierung an einem vergangenen Modell der »sicheren« Beschäftigung verweigert. In diesem Modell hat der Sozialstaat nicht mehr so sehr die Funktion, soziale Sicherheit zu garantieren, sondern immer mehr diejenige, die soziale Realität zu verschleiern. Die Logik staatlicher Ar-

beitsbeschaffung und staatlicher Arbeitsdienste ist der gemeinsame Nenner von Faschismus, Staatssozialismus und Neoliberalismus. Der Slogan »Sozial ist, was Arbeit schafft«, verschleiert nicht nur den realen volkswirtschaftlichen Bedarf für Erwerbsarbeit, sondern auch die realen menschlichen und wirtschaftlichen Kosten jeder sozialstaatlichen Ideologie der Beschäftigung – ganz gleich ob es sich um 1-Euro-Jobs, einen Reichsarbeitsdienst, forcierten staatlichen Autobahnbau oder verschiedene Aufrüstungsmaßnahmen des militärisch-technologischen Komplexes handelt. Wer postuliert, dass sozial ist, was Arbeit schafft, der liebt jeden Arbeitsplatz, den Arbeitsplatz in der staatlichen Sozialbürokratie ebenso wie den in der Rüstungsindustrie.

## 2.

Wenn wir diesem Wahnsinn der staatlichen Bilanzfälschung widerstehen wollen, müssen wir das Problem der Arbeit und der Arbeitslosigkeit ganz anders definieren. Es fehlt heute durchaus nicht an »Arbeit«, sondern nur an »Erwerbsarbeit«. Es fehlt also in Wirklichkeit an etwas, das in einer freiheitlichen Perspektive ohnehin überwunden werden sollte: die Arbeit als Ware; Arbeit als reine Beschäftigung aus dem Erwerbs- und Tauschmotiv heraus. Der aktivierende Sozialstaat der Gegenwart ist in dieser Hinsicht vor allem ein Instrument der Verleugnung und Verkennung der Realität. Er wird deswegen notwendigerweise von einer die Bürger beschützenden zu einer sie bestrafenden Institution. Das Regime von Hartz IV markiert den schleichenden Übergang zu einem strafenden Sozialstaat der Kontrolle, Überwachung und Entmündigung. Der neue Sozialstaat propagiert nicht nur eine Ideologie der Beschäftigung. Er installiert einen staatlichen Arbeitszwang.

Gegen dieses neue Regime der Entmündigung und des Arbeitszwangs richtet sich seit geraumer Zeit die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens. Die Bedingungslosigkeit eines solchen sozialen Grundeinkommens für alle markiert den deutlichsten Widerspruch zum aktuellen Sozialstaatsregime. Die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens artikuliert,

in Form eines ganz konkreten Widerspruchs zu den nicht nur wirtschaftlich irrsinnigen, sondern auch entwürdigenden Praktiken des aktivierenden Sozialstaats, die zeitgenössische Form der sozialstaatlichen Entsprechung zum Prinzip der Menschenwürde. Sie artikuliert einen kulturellen Widerspruch zur Glorifizierung der Erwerbsarbeit – eine Glorifizierung, die heute nicht nur zur wirtschaftlichen, sondern auch zur beispiellosen kulturellen Verarmung großer Teile der Bevölkerung führt. Denn die sowohl politische wie kulturelle Hegemonie der Erwerbsarbeit hat eine fortschreitende Entwertung aller anderen Arten von Arbeit zur Folge: eine fortschreitende Entwertung sozialer, betreuender, erzieherischer und kultureller Tätigkeiten, die nicht um des Erwerbs willen, sondern aus freiem Entschluss und aus Einsicht in soziale Notwendigkeiten verrichtet werden. Erwerbsarbeit hat sich von einem Instrument der sozialen Integration in ein *Instrument der sozialen Desintegration* verwandelt. Die fortschreitende Spaltung der Arbeitnehmer in noch relativ privilegierte Kernbelegschaften und sozial deklassierte Zeitarbeiter und Niedriglohn-jobber beschreibt den Weg der Entsolidarisierung der Gesellschaft. Das Festhalten an der sich immer mehr auflösenden »Normalität« der sogenannten »festen Stelle« treibt immer mehr Menschen an den Rand der Gesellschaft, genauer: in die Unterordnung sei es unter entwürdigende kapitalistische Ausbeutungsverhältnisse, sei es unter entmündigende staatliche »Beschäftigungen« und Arbeitsdienste. Der Unterschied zwischen beiden Formen der Herrschaft verschimmt dabei immer mehr. Damit aber nähern wir uns einer letztlich feudalistischen Vorstellung von Arbeit an: ein reines Verhältnis der Unterordnung und Unfreiheit zum Zweck der Sicherung der eigenen Existenz. Arbeit wird heute wieder wie im Mittelalter zu einem *Dienst*: zu einem Verhältnis der reinen Ableistung von Zeit.<sup>2</sup>

Die von den westlichen Regierungen forcierten Möglichkeiten der Leih- und Zeitarbeit schafften einer Studie der Bertelsmann-Stiftung zufolge gerade nicht, wie erhofft, eine Brücke in reguläre Arbeit, sondern führen zur nunmehr

durch staatliche Gesetze erleichterten, regulären Verfestigungen der Zeitarbeit zu einem eigenständigen und dauerhaften Segment auf dem Arbeitsmarkt.<sup>3</sup> Dies erzeugt, wie gesagt, nicht nur eine soziale Spaltung der Arbeiterschaft. Es führt auch dazu, dass die »regulär« Beschäftigten immer mehr unter Druck geraten, was ihre Arbeitsbedingungen betrifft. Mit anderen Worten, die Einzelnen gewöhnen sich unter den heutigen Bedingungen immer mehr an irreguläre Arbeits- und Lebensbedingungen: an permanente Überstunden, nicht existenzsichernde Arbeiten, insgesamt an die Absenkung der eigenen Ansprüche an die Qualität der Arbeit. Die eigentliche Katastrophe liegt hier nicht nur in der materiellen Verarmung und in wachsenden physischen und psychischen Belastungen; sie liegt auch in einer wachsenden kulturellen Verarmung.

### 3.

Die kulturelle Verarmung der Gesellschaft ist das Ergebnis des staatlich propagierten Arbeitszwangs – das Ergebnis einer einseitigen politischen und kulturellen Option für die Forcierung von Erwerbsarbeit. Sie betrifft nicht nur die sogenannten Unterschichten, von denen heute so viel die Rede ist: Jugendliche und Erwachsene, die auf die Aussicht und die Erfahrung, nicht »gebraucht« zu werden von dieser Arbeitsgesellschaft, mit einer beängstigenden sozio-kulturellen Regression und allen möglichen Formen der Analphabetisierung reagieren. Sie betrifft auch die Mittelschichten, wo jetzt nicht mehr nur die Männer, sondern auch die Frauen steigenden Arbeitszeit- und Leistungserfordernissen unterworfen werden. Die in der gegenwärtigen Gesellschaft grassierende *Zeitarmut* produziert unerbittlich eine kulturelle Verarmung der Menschen: eine immer stärkere Vereinseitigung von Fähigkeiten. Der Zwang zur Erwerbsarbeit nimmt den Menschen die Zeit für die Entwicklung und Ausübung anderer, sozial und kulturell wichtiger Fähigkeiten. Es ist heute nicht so sehr der Kapitalismus selbst, als der Staat, der Organisator der politischen Ökonomie, der die Zerstörung sozialer und kultureller Kompetenzen voran-

treibt: die Reduktion des Menschen auf ein arbeitendes und konsumierendes Wesen.

Dem gilt es ein ganz anderes Lebensmodell entgegenzusetzen; ein Lebens- und Gesellschaftsmodell, das die Idee der Lohnarbeit, die Idee der Arbeit als Ware und Beschäftigung verabschiedet. Wir benötigen ein Gesellschaftsmodell, das nicht mehr auf unfreier und erzwungener Arbeit beruht, sondern auf sinnvoller Arbeit und freier Tätigkeit. Die Idee der Arbeit als Ware, als einer Tätigkeit, die nur um des Erwerbs willen ausgeübt wird (anstatt aus freiem Entschluss und aus Einsicht in soziale Notwendigkeiten), muss von uns geistig überwunden werden. Politisch entsprechen dem einstweilen drei Forderungen: die Abschaffung des autoritären Überwachungs-Sozialstaats und des Zwangs zur Arbeit; die Ersetzung dieses aktivierenden Sozialstaats durch ein bedingungsloses Grundeinkommen; schließlich die gesamtgesellschaftliche Vereinbarung erheblich reduzierter Arbeitszeiten. Diese drei Schritte lösen durchaus nicht das Problem der Arbeit in der modernen Gesellschaft. Sie markieren eher einen ersten politischen Schritt in die richtige Richtung. Wie die wirtschaftliche Arbeit in einem freiheitlichen System von Beteiligten selbst vernünftig eingerichtet werden kann, das ist eine Frage, die sinnvollerweise nicht mehr durch zentralstaatliche Rechtsetzung geregelt werden kann. Eine sinnvolle und sozial gerechte Organisation der Arbeit ist etwas, das in bemerkenswerter Übereinstimmung verschiedenster geistiger und politischer Strömungen als freie Assoziation der Produzenten genannt wird. Aber auch dies ist eben zunächst nur eine eher unbestimmte Idee. An ihrer Konkretisierung zu arbeiten, wird die Aufgabe der Zukunft sein.

1 *Süddeutsche Zeitung*, 16.12.2009, S. 17.

2 Vgl. schon Jean Baudrillard: *Der symbolische Tausch und der Tod* (1976), Berlin 2005, S. 33.

3 Vgl. *Süddeutsche Zeitung*, 28.4.2010, S. 1.

Autorennotiz:

DR. PHIL. MICHAEL HIRSCH, geb. 1966. Studium der Philosophie, Politikwissenschaft und Neueren Geschichte in Freiburg und Paris. 1991-1998 Mitarbeiter in sozial- und kulturwissenschaftlichen Forschungsinstituten in Freiburg (Institut für soziale Gegenwartfragen) und Prag (International Institute for Intercultural Studies). 1998-2010 Lehrtätigkeit im Bereich Politische Theorie und Ideengeschichte an der Goethe-Universität Frankfurt am Main und an der Technischen Universität München, sowie im Bereich Kultur- und Kunsttheorie an der Merz-Akademie in Stuttgart und an der Kunstakademie München. Michael Hirsch lebt als freier Autor und Dozent in München. Aktuelles Buchprojekt: *Die Überwindung der Arbeitsgesellschaft. Eine neue Ökonomie der Zeit*. Buchveröffentlichungen (u.a.): *Der Staat in der Postdemokratie. Staat, Politik, Demokratie und Recht im neueren französischen Denken*, Stuttgart 2009 (hrsg. mit R. Voigt); *Die zwei Seiten der Entpolitisierung. Zur politischen Theorie der Gegenwart*, Stuttgart 2007; *Adorno. Die Möglichkeit des Unmöglichen*, New York-Berlin 2003 (hrsg. mit V. Müller und N. Schafhausen). Verheiratet, ein Kind.

Kontakt: Michael Hirsch, Habsburgerstr. 3, 80801 München, hirschmail@aol.com.